

Reflexionen über die polnischen Standpunkte zum Plebiszit von 1920*

von

Stefan Hartmann

Die Volksabstimmung vom 11. Juli 1920 im südlichen Ostpreußen ist immer wieder Gegenstand deutscher und polnischer Untersuchungen gewesen. Dabei sind die polnischen Standpunkte zu diesem Plebiszit in Deutschland weitgehend unbekannt geblieben, weil sie einerseits in polnischer Sprache formuliert wurden und zum anderen angesichts des überwältigenden Sieges der deutschen Seite – nur wenig mehr als zwei Prozent der abgegebenen und gültigen Stimmen hatten für einen Anschluß an Polen votiert – bei den Zeitgenossen rasch in Vergessenheit gerieten. Eine genauere Beschäftigung mit dieser Thematik macht deutlich, daß sie zu den umstrittensten Fragen zwischen der deutschen und der polnischen Historiographie gehört und ihre Ursprünge in dem preußisch-polnischen Dauerantagonismus hat, der in der Geschichte seines gleichen sucht. Nach Auffassung des polnischen Historikers Józef Feldman sind dafür die unterschiedlichen geschichtlichen Individualitäten, die verschiedenen Wurzeln entstammen, verantwortlich. So steht der republikanischen Freiheit des polnischen Adels der absolut regierte und verwaltete preußische Staat gegenüber. Der Gegensatz zu Polen – so Feldman – wurzelt in der Genese und der Tradition des neuzeitlichen preußischen Staates selbst. „Seine beiden Bestandteile, die Mark Brandenburg und der Ordensstaat, entstanden durch Vernichtung des Slaventums, beide bereicherten sich durch Beutemachen an Polen.“¹

Wie unterschiedlich die Standpunkte deutscher und polnischer Historiker in der „Masurenfrage“ waren und teilweise immer noch sind, erhellen die Äußerungen von Walther Hubatsch, Kurt Forstreuter, Dieter Stüttgen u. a., die den Mischcharakter der Masuren, ihre lutherische Konfession und preußisch staatsreue Einstellung hervorheben. Ihr sich seit der zweiten Hälfte des

* Vortrag gehalten auf der 3. Internationalen wissenschaftlichen Arbeitstagung der Ost- und Westpreußenstiftung „Slawisch-deutsche Kulturkontakte in Ostpreußen (II). Masuren 19. – 22. 11. 1998“.

¹ Vgl. JÓZEF FELDMAN: Polen und Preußen, in: Preußen-Deutschland-Polen im Urteil polnischer Historiker, Bd. 1: „Millenium germano-polonicum“, hrsg. von LOTHAR DRALLE, Berlin 1983 (Einzelveröff. der Historischen Kommission zu Berlin, 37), S. 45–60; STEFAN HARTMANN: Die Preußentradition in der polnischen Historiographie, in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, N.F. 5 (1995), S. 147–156.

19. Jahrhunderts beschleunigender Eindeutschungsprozeß sei durch die preußische Bildungspolitik, die evangelische Geistlichkeit auf dem Lande, das Militär und vor allem die wirtschaftliche Sogkraft im Industriezeitalter begünstigt worden. Zentrale Argumente von Janusz Jasiński, Tadeusz Grygier und Wojciech Wrzesiński sind dagegen die masurisch-polnischen Gemeinsamkeiten im Bereich von Sprache, Folklore, der materiellen und geistigen Kultur. Übereinstimmend sprechen sie von planmäßig bzw. zwangsweise betriebener Germanisierung der Masuren.²

Großen Einfluß auf das polnische politische Denken hatte der langwierige Prozeß vom historischen zum ethnischdefinierten Polen. Er schloß das Überschreiten der „historischen Grenzen“ der alten Adelsrepublik von 1772 und die Angliederung Masurens an einen zu errichtenden unabhängigen polnischen Staat ein.³ Direkt damit verbunden war das Streben nach einem freien Zugang zum Meer, das am klarsten im Programm der Nationaldemokraten formuliert war. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg forderten sie ein offensives Vorgehen in Ostpreußen, das zu einem der wichtigsten Bestandteile polnischer Territorialansprüche wurde. Der Kampf der Teilungsmächte untereinander im Ersten Weltkrieg bot entscheidende Voraussetzungen zur Verwirklichung dieses Ziels. Bereits wenige Tage nach dem Zusammenbruch des Deutschen Kaiserreiches im November 1918 gab der Redakteur des „Großpolnischen Boten“ in Posen seiner Hoffnung auf die Angliederung des Ermlands und Masurens an ein künftiges Polen Ausdruck, während Königsberg mit seinem Umland an Litauen fallen sollte.⁴ Die Masuren seien krank. Gesunden könnten sie nur in einer polnischen Atmosphäre.⁵ Aufschlußreich ist, daß bereits die polnische Wahlordnung vom 28. November 1918 die damals reichsdeutschen Gebiete Masuren, Ermland, Westpreußen, Posen und Oberschlesien in die Wahlkreiseinteilung einbezog. Trotz der nach Westen gerichteten „piastischen“ Idee Dmowskis und der einen Annexionskurs im Osten verfolgenden „jagiellonischen“ Pilsudskis waren sich Nationaldemokraten und Sozialisten hinsichtlich der Erlangung von Gebieten einig, die vor 1772 nicht zur polnischen Adelsrepublik gehört hatten und deren Erwerb mit strategischen, ökonomischen und ethnischen Kriterien begründet wurde. Auch historische Argumente wie

² Vgl. STEFAN HARTMANN: Zur nationalpolnischen Bewegung und zur preußischen Politik in Masuren vor dem Ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Ostforschung 42 (1993), S. 40–83.

³ Vgl. NORBERT KASPAREK: Prusy Wschodnie w polskiej myśli politycznej lat 1795–1847 [Ostpreußen in der polnischen politischen Meinung 1795–1847], Olsztyn 1995 (Rozprawy i materiały Ośrodka Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego, 144), S. 166f.

⁴ WOJCIECH WRZESIŃSKI: Plebiscyty na Warmii i Mazurach oraz na Powiślu w 1920 roku [Die Plebiszite im Ermland und in Masuren sowie im Weichselgebiet 1920], Olsztyn 1974 (Rozprawy i materiały Ośrodka Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego, 45), S. 45.

⁵ Ebenda, S. 47.

der Anspruch Polens auf die Sukzession in Ostpreußen gemäß dem im Olivaer Vertrag bestätigten Abkommen von Wehlau (1657) wurden artikuliert.⁶ Grundlegende Bedeutung für die Formulierung der polnischen Standpunkte hatte die Interpretation des 13. Punktes von Woodrow Wilson, der die Errichtung eines polnischen Staates mit freiem Zugang zum Meer und die Garantie seiner politischen und ökonomischen Unabhängigkeit durch einen internationalen Vertrag vorsah. Er sollte alle Gebiete umfassen, die von einer unbestritten polnischen Bevölkerung bewohnt wurden. Die Lösung dieser Frage wurde der Pariser Friedenskonferenz übertragen, die am 12. Januar 1919 eine spezielle „Kommission für polnische Angelegenheiten“ unter Jules Cambon bildete. Ihr überreichte die polnische Delegation die Denkschrift Dmowskis vom 8. Oktober 1918 mit weitgehenden Gebietsansprüchen, u. a. auf das Ermland, Masuren und das Memelgebiet, wobei sprachliche, ethnische und geopolitische Aspekte hervorgehoben wurden. Die Konzeption Dmowskis wies Ostpreußen geradezu eine Schlüsselrolle zu. Sofern Ostpreußen nicht polnisch werde, propagierte sie eine völkerrechtliche Trennung dieser Provinz vom Deutschen Reich und ihre Umwandlung in eine eigene Republik. Hier zeigt sich, daß auch die polnische Seite gegen die Schaffung eines „Korridors“ war, allerdings aus ganz anderen Gründen als die deutsche.⁷

Weitere Vorstöße der polnischen Delegation in Paris zielten auf die Abtretung Danzigs und großer ostpreußischer Gebietsteile, wobei man bezüglich Masurens den Grundsatz aufstellte, die dortige protestantische Bevölkerung sei nach Rasse und Sprache polnisch. Mit Bezug auf diese Argumente, wozu noch das der völkerrechtswidrigen Teilungen der alten Adelsrepublik trat⁸, formulierten die Polen in Paris ihre Vorschläge zu Revindikationen, die in dem Anschluß des Weichselgebiets, des Ermlands und Masurens an die neue Republik ohne vorherige Volksabstimmung gipfelten. Diesen Ambitionen widersprach der Beschluß des Obersten Rates der Entente, angesichts der komplizierten Nationalitätenverhältnisse im südlichen Ostpreußen im Bezirk Allenstein eine Volksabstimmung abzuhalten. Den Anstoß dazu hatte der britische Premier Lloyd George gegeben, der dem Polentum nur eine geringe staatsbildende Kraft zubilligte und eine Lösung, die 2,1 Millionen Deutsche der Aufsicht eines Volkes von anderer Religion, Geschichte und Zivilisation unterstellte, strikt ablehnte. Die Beurteilung Lloyd Georges in der polnischen Historiographie ist daher durchgehend negativ. Als Beispiel sei Wojciech Wrzesiński

⁶ JANUSZ GILAS: *Położenie prawnomiędzynarodowe Powiśla, Warmii i Mazur w latach 1918–1920* [Die internationale Rechtslage des Weichselgebiets, des Ermlands und Masurens 1918–1920], in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* (1970), S. 223–243, hier S. 226.

⁷ HANS ROOS: *Geschichte der polnischen Nation 1916–1960*, Stuttgart 1961, S. 57f.

⁸ JANUSZ GILAS, JANUSZ SYMONIDES: *Plebiscyt na Powiślu oraz na Warmii i Mazurach jako zagadnienie prawa międzynarodowego* [Das Plebiszit im Weichselgebiet, Ermland und Masuren als Problem des internationalen Rechts], in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* (1966), S. 525–551, hier S. 526.

zitiert, der dem britischen Premier vorwirft, autoritär und ohne Kenntnis der Geschichte und der damaligen Realität gehandelt zu haben. Er habe der Abtrennung ostpreußischer Gebiete vom Deutschen Reich energisch widersprochen und das mit ihrer Zugehörigkeit zu Preußen zur Zeit der polnischen Unabhängigkeit, also vor den Teilungen, begründet.⁹

Auf britischen Einspruch hin, dem sich der amerikanische Präsident Wilson anschloß, wurde auch der Rest Westpreußens östlich der Weichsel mit Marienwerder und Marienburg zum Abstimmungsgebiet erklärt. Beide Seiten, die polnische und die deutsche, begannen nun mit der Schaffung für sie günstiger Voraussetzungen in den Abstimmungsdistrikten. In diesem Zusammenhang ist ein Blick auf die archivalische Überlieferung des Plebiszits und seiner Vorgeschichte angebracht. Diese findet sich in den Registraturen von Verwaltungsbehörden auf verschiedenen Ebenen, beginnend mit den Landratsämtern und Magistraten und endend mit den Repositoren preußischer und Reichsministerien. Von Interesse sind die Bestände des preußischen Innen-, Staats- und Justizministeriums auf zentraler und des Oberpräsidiums Königsberg auf provinzieller Ebene, die hier heranzuziehen sind. Auf polnischer Seite ist die Überlieferung von Verwaltungs- und Militärbehörden zu befragen, die mit der Vorbereitung des Plebiszits befaßt waren. Sie befindet sich vor allem im Archiv Neuer Akten in Warschau und im Zentralen Militärarchiv, ist aber auch auf regionaler Ebene, u. a. in den Staatsarchiven von Allenstein (Olsztyn), Danzig (Gdańsk) und Posen (Poznań), zu suchen. Charakteristisch für alle diese Unterlagen ist ihr fragmentarischer Charakter. Geschlossene Bestände zum Plebiszit von 1920 liegen weder in Deutschland noch in Polen vor. Vor allem fehlen weitgehend polnische und deutsche Dokumente aus den Registraturen gesellschaftlicher Organisationen, die direkt an der Vorbereitung der Abstimmungsaktion beteiligt waren. Manche Lücken kann hier die Auswertung der deutschen, polnischen und internationalen Presse schließen, die sich eingehend mit dem Plebiszit vom 11. Juli 1920 befaßte.¹⁰

Wie wichtig die Auswertung unbekannter archivalischer Quellen ist, belegt der Beitrag von Piotr Stawicki über „die Haltung der polnischen Militärbehörden gegenüber dem Plebiszit im Ermland und in Masuren“.¹¹ Auf der Grundlage der Überlieferung im Warschauer Militärarchiv beleuchtet er die aktive Tätigkeit militärischer Kommandostellen in dieser Angelegenheit. So operierte seit dem Sommer 1919 eine geheime militärische Organisation unter dem Befehl der polnischen Armee im Abstimmungsgebiet. Mitte Februar 1920 entstand die „Straż Mazurska“ [Masurenwacht], gleichfalls unter Aufsicht der

⁹ WRZESIŃSKI (wie Anm. 4), S. 68.

¹⁰ Ebenda, S. 19.

¹¹ Vgl. PIOTR STAWICKI: Stanowisko polskich władz wojskowych wobec plebiscytu na Warmii i Mazurach [Die Haltung polnischer militärischer Stellen gegenüber dem Plebiszit im Ermland und in Masuren], in: Komunikaty Mazursko-Warmińskie (1968), S. 451–466.

polnischen Armee. Nach Ansicht des Vfs. verhinderte der Terror von deutscher Seite eine intensive Unterstützung dieser Organisation durch die örtliche polnische Bevölkerung, wobei die Aktionen der „Straż“ mehr politischer und propagandistischer als militärischer Natur gewesen seien.

Um zu einer sachlich ausgewogenen Reflexion der polnischen Standpunkte zum Plebiszit von 1920 zu kommen, muß zunächst der äußere Verlauf der Ereignisse kurz weiterverfolgt werden. Gemäß der Bestimmung des Versailler Vertrages, der auf deutscher Seite als „Diktat“ empfunden wurde, übernahmen Frankreich, Großbritannien, Italien und Japan die Kontrolle über die Abstimmung. Die Einzelheiten der Durchführung regelten verschiedene Pariser Abkommen vom Januar 1920. Kurz danach räumten die deutschen Truppen das Abstimmungsgebiet. Die Einwohnerwehren wurden aufgelöst, und den bewaffneten Schutz übernahmen englische und italienische Kontingente. Am 12. Februar 1920 traf die aus dem Engländer Rennie, dem Franzosen Couget, dem Italiener Fracassi und dem Japaner Marumo bestehende Interalliierte Kommission in Allenstein ein und übernahm die Regierung. Wichtigster Repräsentant der deutschen Interessen war der zum Reichskommissar berufene Freiherr Wilhelm von Gayl, der seine Gedanken über die ostpreußische Volksabstimmung in einem Erinnerungsbuch „Ostpreußen unter fremden Flaggen“ festgehalten hat.¹² Wrzesiński räumt diesem Werk zentrale Bedeutung für die deutsche Geschichtsschreibung ein, indem er bemerkt, die deutschen Historiker hätten sich zwar intensiv mit der Geschichte Ostpreußens nach dem Ersten Weltkrieg befaßt, gingen aber hinsichtlich des Plebiszits von 1920 kaum über die Thesen Gayls hinaus.¹³ Dafür ist die 1958 erschienene Arbeit von Rudolf Klatt „Ostpreußen unter dem Reichskommissariat 1919/1920“ ein Beispiel, die unter wiederholter Berufung auf Gayl, aber auch anhand archivalischer Quellen die Vorgeschichte und den Verlauf der Abstimmung im südlichen Ostpreußen schildert. Daß sich am Gesamtbild auf deutscher Seite kaum etwas änderte, belegt die Äußerung Kurt Forstreuters, es sei dabei um eine grundsätzliche Entscheidung gegangen. Für ihn hat diese Abstimmung nicht nur einen festen Platz in der Geschichte Deutschlands und Polens, sondern in der der Menschheit überhaupt.¹⁴

Vergleichen wir nun das Bild der Volksabstimmung anhand der Erinnerungen zweier direkt daran beteiligter Persönlichkeiten, nämlich des Reichskommissars v. Gayl und des Diplomaten und Publizisten Henryk Korybut-Woroniecki. Letzterer war der Nachfolger des wegen mangelnder Kompetenz

¹² WILHELM FREIHERR V. GAYL: Ostpreußen unter fremden Flaggen, Königsberg/Pr. 1940.

¹³ WRZESIŃSKI (wie Anm. 4), S. 19.

¹⁴ KURT FORSTREUTER: Die Volksabstimmung vom 11. Juli 1920 – Ihre Bedeutung für Ostpreußen und für die Welt, in: Südostpreußen und das Ruhrgebiet, Leer 1954, S. 72–77.

abberufenen polnischen Generalkonsuls Zenon Lewandowski in Allenstein und wurde 1922 zum Konsul in Königsberg ernannt.¹⁵

Gayl hebt zunächst die enge Bindung der Masuren an Preußen/Deutschland hervor. Diese zeige sich im wirtschaftlichen, kulturellen, religiösen/protestantischen und sprachlichen Bereich im Zuge ihrer fast völligen Eindeutschung. Danach weist er auf die Bedrohung Ostpreußens durch Polen und Litauen hin. Weitere negative Faktoren sieht er in der trostlosen politischen und wirtschaftlichen Lage der Provinz nach ihrer Abtrennung vom übrigen Reichsgebiet, der Unentschlossenheit der Regierung in Berlin und der immer intensiver werden den polnischen Propaganda, die von Paris, Warschau und Posen gleichzeitig betrieben wurde. Positiv beurteilt er dagegen die Tätigkeit des Johannismburger Superintendenten Paul Hensel und des Führers des deutschen „Ermländer- und Masurenbundes“ Max Worgitzki, die großen Anteil am Aufbau einer Abwehrorganisation gegenüber polnischer Agitation hatten.

Die Belassung der preußischen Verwaltung im Abstimmungsgebiet und die Berechtigung der dort geborenen, aber nicht wohnenden Personen, am Plebiszit teilzunehmen, sind für Gayl weitere wesentliche Aspekte zur Hebung des Selbstbewußtseins der deutschen und masurischen Bevölkerung. Diese wurde durch die Ereignisse im Soldauegebiet noch stärker im heimatstreuen und antipolnischen Sinn beeinflusst. Der Reichskommissar verschweigt nicht die folgenschweren Zusammenstöße zwischen Deutschen und Polen, wobei er die ersten nicht von jeder Schuld freispricht. Allerdings sieht er die Urheber zumeist auf polnischer Seite, wobei für ihn die in Hinblick auf den Wahlausgang schlechter werdenden Aussichten der Polen mit dem zunehmenden Auftreten bewaffneter Banden, der „Bojuwkas“, in direktem Zusammenhang stehen, die die gewaltsame Besetzung der Grenzdistrikte beabsichtigten.¹⁶ Breiten Raum widmet er den polnischen Ansprüchen auf das Ermland und Masuren, deren konsequente Zielsetzung er wiederholt hervorhebt und dabei auch auf das Gedankengut der nationalpolnischen Bewegung vor dem Ersten Weltkrieg mit ihrem Streben nach einem freien Zugang zum Meer eingeht.¹⁷

Für Korybut-Woroniecki sind drei wichtige Gründe für den fatalen Ausgang der Volksabstimmung vom 11. Juli 1920 entscheidend: 1. geschichtliche, deren Wurzeln in der Vergangenheit lagen wie die Schaffung des „preußischen Masuren, der polnisch sprach, aber deutsch dachte“, 2. die politischen Fehler der polnischen Seite und das mangelhafte Funktionieren der Abstimmungskommissionen, 3. die für Polen ungünstige politische Konjunktur. Im einzelnen weist hier der polnische Autor hin auf die bedrohte Lage der Zweiten Repu-

¹⁵ HENRYK KORYBUT-WORONIECKI: Wspomnienia z plebiscytu w Prusach Wschodnich w 1920 r. [Erinnerungen an die Abstimmung in Ostpreußen im Jahre 1920], in: Niepodległość XVII (1938), H. 3 (47). Dienstliche Übersetzung der Publikationsstelle des Preußischen Geheimen Staatsarchivs in Berlin-Dahlem 1938.

¹⁶ GAYL (wie Anm. 12), S. 38f.

¹⁷ Vgl. HARTMANN (wie Anm. 2), S. 80ff.

blik im Krieg gegen den Bolschewismus – ihre Truppen befanden sich damals überall auf dem Rückzug –, das von der deutschen Propaganda geschickt ausgenutzte wirtschaftliche Chaos in Polen und den grundsätzlichen Fehler der polnischen Politiker in Versailles, die nicht im Abstimmungsgebiet wohnenden, sondern dort nur geborenen Personen zum Plebiszit zuzulassen. Dabei habe man nicht den schnellen Prozeß der intensiven Germanisierung der polnischen und masurischen Bevölkerung im Innern Deutschlands bedacht. Als weitere Fehleinschätzungen der polnischen Seite bezeichnet er ihre Zustimmung zum derartig späten Eintreffen der Abstimmungskommission in Allenstein, daß Polen nur etwa fünf Monate zum Aufbau einer funktionierenden Organisation blieben, und den fehlenden Protest gegen die zu geringe Ausstattung der Interalliierten Kommissionen mit Machtmitteln, „während die gesamte deutsche Beamtenhierarchie von oben bis unten unangetastet blieb und einen starken Einfluß auf die Bevölkerung ausübte“. Korybut-Woroniecki will allerdings Polen für diese Fehler nicht verantwortlich machen, wurde es doch nach seiner Wiedererstehung von einer derartigen Lawine von Problemen überschüttet, daß Fragen wie die Volksabstimmung in Ostpreußen an die dritte Stelle traten. Aufschlußreich ist seine Bemerkung, vor dem Ersten Weltkrieg habe es einen gewissen Exodus von Polen aus dem Posenschen und Pommerellen nach dem nicht von Enteignungsgesetzen erfaßten preußischen Masuren gegeben. Deren Hoffnung, unter ihresgleichen ruhig wohnen zu können, habe sich aber nicht erfüllt, weil die masurische Bevölkerung sie als Eindringlinge und als Menschen, „der Sprache nach ihresgleichen, dem Geiste aber fremd“ empfunden habe. Von einer polnischen Gutsbesitzerschicht könne daher keine Rede sein. Das politische, geistige und wirtschaftliche Übergewicht des Deutschtums habe die polnische Bevölkerung im Abstimmungsgebiet schier erdrückt und ihr jede Gleichberechtigung verweigert. Nicht die polnische, vielmehr die deutsche Seite verfügte über „Bojuwken“. „Infolgedessen konnte sich der deutsche Terror ohne irgendwelche Reaktion von polnischer Seite auswirken.“ Unter diesen schlechten Voraussetzungen sieht der Verfasser eine große Spannkraft der polnischen nationalen Bewegung im Ermland und in Masuren, besonders wenn man bedenke, „daß es leichter ist, Kämpfer für eine zu 99 Prozent gewonnene Sache zu finden als für eine Idee, die faktisch fast keinerlei reale Aussichten auf Erfolg hat“.¹⁸

Derartige Thesen finden sich andernorts im polnischen Schrifttum immer wieder, wo sie zur Begründung und Rechtfertigung der katastrophalen Niederlage im Plebiszit vom Juli 1920 dienen. Nach dem Zweiten Weltkrieg, dessen Ergebnis Polen die lang erstrebte Angliederung des südlichen Ostpreußen brachte, bewertet Karol Górski als erster namhafter polnischer Historiker in seiner „Kurzen Geschichte Ostpreußens“ den Verlauf und die Folgen dieser

¹⁸ KORYBUT-WORONIECKI (wie Anm. 15), S. 8ff.

Volksabstimmung.¹⁹ Darin hebt er die ungünstige Ansetzung des Abstimmungstermins, die nicht ausgereicht habe, die dortige Bevölkerung mit Polen bekannt zu machen, den schwierigen Aufbau des polnischen Staates bei einem gleichzeitigen Krieg mit der Sowjetunion und die Entsendung zufälliger Leute in das Abstimmungsgebiet, die alles erst lernen mußten und unvermeidliche Fehler machten, hervor. Trotz ihrer vielen Vorteile, u. a. des Behördenapparats, hätten sich die Deutschen unsicher gefühlt und Gewalttaten an den Polen verübt, wogegen die Interalliierten Kommissionen nicht eingeschritten seien. Obwohl das Ermland zum Aufstand bereit gewesen sei, habe Warschau dafür kein Signal gegeben.

Der beste polnische Kenner des Themas, Wojciech Wrzesiński, nennt als einen der wichtigsten Gründe für das Scheitern Polens im Plebiszit von 1920 den für das Deutsche Reich „im Grunde genommen vorteilhaften Beschluß der Pariser Friedenskonferenz“ über die Durchführung von Volksabstimmungen statt sofortiger Abtretung aufgrund der polnischen Forderungen. Das habe „eine verummte Form der Entscheidung zugunsten eines bedingten Zugeständnisses der Souveränität über diese Gebiete an den deutschen Staat bedeutet“. Nicht nur Großbritannien, auch Frankreich habe die polnischen Ansprüche auf Ostpreußen nur ungenügend unterstützt, in der Absicht, Deutschland stärker in die antisowjetische Front einzubeziehen. Ostpreußen sei als Gebiet von geringem wirtschaftlichen und strategischen Wert von den Ententemächten mißachtet worden. Eher habe man in Versailles polnische Ansprüche auf Schlesien favorisiert. Wrzesiński sieht in der „Hartnäckigkeit, Verbissenheit, titanischen Anstrengung und Größe der materiellen Mittel“ auf deutscher Seite einen Beleg für deren Intentionen, die Expansion nach Osten wieder aufzunehmen, um auf irgendeine Weise die Ergebnisse des verlorenen Krieges zu revidieren. In Polen seien die Verhältnisse der Abstimmungsgebiete weniger als in Deutschland bekannt gewesen. Die polnische Propaganda habe zunächst diesem Wissensdefizit in der polnischen Gesellschaft mit historischen, politischen, wirtschaftlichen und ethnischen Beweisen abhelfen und die Mitverantwortung für das Schicksal und die Zukunft jener Gebiete in breiteren Bevölkerungsschichten verankern müssen. Damit sei das von außen bedrohte Polen überfordert gewesen, zumal der preußische Nationalismus Terror, Gewalt und Zwang angewendet habe. Aus alldem läßt sich nach Wrzesiński das Fazit ziehen, daß das Plebiszit für Polen nicht erst nach Bekanntgabe seines Ergebnisses, sondern schon durch die Entscheidung in Versailles, eine derartige Volksabstimmung im südlichen Ostpreußen zu veranstalten, zu einer verlorenen Sache geworden sei. Man habe daher in Polen dieses Ereignis nur als „Etappe im andauernden Kampf um die nationale Zukunft dieser Gebiete gedeutet“. Ein besonderes Hemmnis sei die ungenügende Unterstützung der

¹⁹ KAROL GÓRSKI: *Krótkie Dzieje Prus Wschodnich* [Kurze Geschichte Ostpreußens], Warszawa 1949, S. 88–89.

polnischen Ansprüche durch die Warschauer Regierung gewesen, die ihre inneren Richtungskämpfe auf Kosten eines planmäßigen Einsatzes aller Kräfte im Abstimmungsgebiet ausgetragen habe. Häufig hätten sich die miteinander konkurrierenden Konzeptionen aus Posen und Warschau, erstere unter dem Einfluß der Nationaldemokraten und letztere von den Anhängern Pilsudskis bestimmt, gegenseitig blockiert. Als Fiasko habe sich die mit dem Belvedere-Lager verbundene Bewegung des evangelisch-augsburgischen Superintendenten Julius Bursche²⁰ erwiesen, der versucht habe, den evangelischen Masuren vor allem durch ökonomische Argumente die Option für Polen schmackhaft zu machen.²¹ Bereits 1904 hatte er als Hauptaufgabe die Gewinnung der masurischen Bevölkerung für das Polentum und die polnisch-evangelische Kirche deklariert, wobei er die Masuren als das dem polnischen Protestantismus fehlende ländliche Element bezeichnete. Hier wie auch an anderen Beispielen zeigt sich, in welchem Maße historische und traditionelle Aspekte die polnische Argumentation in der Abstimmungsfrage beeinflussten. Wrzesiński gibt zwar fundamentale Fehler im polnischen Volksabstimmungslager, vor allem im organisatorischen und programmatischen Bereich, zu, wobei er auf landfremde Emissäre bzw. in Schnellkursen in Warschau ausgebildete Agitatoren eher beiläufig eingeht, er bekräftigt indes seinen Standpunkt von der von Anfang an aussichtslosen polnischen Position. Das mangelnde Interesse der polnischen Öffentlichkeit am Schicksal der Abstimmungsgebiete zeige sich auch an Ergebnissen von Sammlungen im benachbarten Plock, wo für Ermland und Masuren 80000 und für Schlesien 972000 Mark eingekommen seien.²² Daran habe auch der Kapp-Putsch wenig ändern können, den die polnische Seite allerdings als Argument für den Anschluß dieser Gebiete an Polen benutzte. Angesichts der ungefestigten Lage der Zweiten Republik habe sich der Plan eines Abstimmungsboykotts wegen der zunehmenden deutschen Gewalttaten als unwirksames Mittel erwiesen.

In diesem Zusammenhang ist auch auf das Buch Wrzesińskis „Ostpreußen im polnischen politischen Denken (1864–1945)“²³ zu verweisen, das im Tenor weitgehend mit seiner oben zitierten, 20 Jahre älteren Veröffentlichung übereinstimmt. Auch hier werden der deutsche Terror, die Parteilichkeit der Interalliierten Kommission, die zu kurze Vorbereitungszeit auf das Plebiszit und die mangelnde Entschlossenheit der Warschauer Regierung, deren Kräfte in der Abwehr der bolschewistischen Gefahr gebunden waren, als wichtigste Gründe für die katastrophale Niederlage im Juli 1920 genannt. Alle politi-

²⁰ Zu Julius Bursche (1862–1942) vgl. TADEUSZ STEGNER: *Ewangelicy warszawscy 1815–1918* [Die Warschauer Evangelischen 1815–1918], Warszawa 1993, S. 136 ff.

²¹ WRZESIŃSKI (wie Anm. 4), S. 304 ff.

²² Ebenda, S. 185.

²³ WOJCIECH WRZESIŃSKI: *Prusy Wschodnie w polskiej myśli politycznej w latach 1864–1945* [Ostpreußen im polnischen politischen Denken 1864–1945], Olsztyn 1994 (Rozprawy i materiały Ośrodka Badań Naukowych im. W. Kętrzyńskiego, 141).

schen, organisatorischen und finanziellen Vorteile seien dagegen auf deutscher Seite gewesen. Wrzesiński beruft sich u. a. auf Włodzimierz Wakar, der unter dem Pseudonym Consolibus zahlreiche Schriften über Ostpreußen veröffentlichte, wobei er die geringe Rolle dieser Provinz für die Wirtschaft des Reiches ihrer großen Bedeutung für das Schicksal Polens gegenüberstellte.²⁴ Damit befand sich dieser im Einklang mit polnischen Intellektuellen und Künstlern, z. B. dem Dichter Stefan Żeromski, die den Erwerb der strittigen Gebiete zu einer existentiellen Frage Polens machten, indem sie den Besitz Danzigs und den lebensnotwendigen Zugang zum Meer damit verbanden.

Aufschlußreich sind die aus den Quellen zitierten Bemerkungen Wrzesińskis über die polnische Beurteilung des Plebiszits unmittelbar nach Bekanntgabe des triumphalen deutschen Erfolges. Sie hatte durchweg negativen Charakter, wobei die nichterfüllten Bedingungen einer gerechten Wahl, der permanente Terror von deutscher Seite und die massiven Wahlfälschungen, die zur Verringerung der für Polen abgegebenen Stimmen geführt hätten, die wichtigsten Kritikpunkte waren. Polnischerseits suchte man von diesen Verstößen gegen das Internationale Recht das Weiterbestehen der Ansprüche auf das Abstimmungsgebiet abzuleiten, wobei man wirtschaftliche und geographische Aspekte in den Mittelpunkt stellte. Dabei hoffte man auf die Fortsetzung der diplomatischen Gespräche in Paris, vertrat aber auch radikalere Ansichten wie die nationaldemokratische „Endecja“, die im mißglückten Plebiszit nur eine Etappe im Kampf um die nationale Zukunft Ostpreußens sah. Nur planmäßige, systematische Bemühungen könnten demnach hier zum Erfolg führen, wobei man bedenken müsse, daß die Geschichte Polens oder wenigstens der polnischen Nation nicht mit dem Jahre 1920 ende. In ihrer Argumentation begründeten die Nationaldemokraten die polnischen Ansprüche auf Ostpreußen mit den von dort ausgehenden Gefahren für Polen und ganz Europa, wobei sie sich auf das verhängnisvolle Erbe des Deutschordensstaates bezogen. Ähnlich äußerte sich im Oktober 1920 Außenminister Eustachy Sapieha, indem er sich für eine konsequente Fortsetzung der polnischen Ostseepolitik unter Umflügelung Ostpreußens und Litauens und die Er kämpfung einer mächtigeren Position in diesem Raum aussprach.²⁵ Daneben gab es Stimmen, die sich mit enger gesteckten Zielen der Propaganda wie der Bildung der masurischen Jugend in Polen und dem Druck von Büchern in polnischer Sprache für die Masuren begnügten.

Die polnische Historiographie geht indes in der Bewertung des Plebiszits von 1920 noch einen Schritt weiter, indem sie in dessen Scheitern „die Wiedergeburt der polnischen Bewegung“ im Ermland, in Masuren und dem Weichselgebiet sieht. Dadurch sei die Bildung einer neuen Gesellschaft in diesen Gebieten nach 1945 unter polnischer Herrschaft bedeutend erleichtert worden.

²⁴ Ebenda, S. 216f.

²⁵ Ebenda, S. 224f.

Für Janusz Gilas, der die internationale Rechtslage des Weichselgebiets, des Ermlands und Masurens zwischen 1918 und 1920 untersucht, steht die Souveränität Polens über alle Abstimmungsgebiete außer Frage, weil die Entscheidung der Botschafterkonferenz im August 1920, die Polen lediglich acht Dörfer zugesprochen hatte, nur auf den Ergebnissen des Plebiszits beruht und Aspekte der Wirtschaft und Kommunikation trotz des sich darauf beziehenden Artikels 97 des Versailler Vertrags außer acht gelassen habe. Polen sei deshalb nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gegenüber dem besiegten Deutschland zur Angliederung Ostpreußens berechtigt gewesen.²⁶

Insgesamt spiegeln die hier geäußerten Argumente die Bemühungen der polnischen Seite um Erklärung und Rechtfertigung der spektakulären Niederlage im Plebiszit vom 11. Juli 1920 wider. Weitgehend übereinstimmend wird die Verantwortung dafür im Verhalten der Deutschen gesucht, die mit einseitiger Unterstützung der Interalliierten Kommission die polnische Bevölkerung Masurens und des Ermlands mit Terror und Gewalt eingeschüchtert und darüber hinaus massive Wahlfälschungen begangen hätten. Ausgeblendet bleiben die Bindungen der Masuren an Preußen und Deutschland, die im Laufe des 19. Jahrhunderts immer enger geworden waren, was nicht auf dem Wege der zwangsweisen „Germanisierung“, sondern eher auf dem einer kontinuierlichen Assimilierung erfolgte. Verantwortlich dafür war die zunehmende Verknüpfung dieser Landschaft mit Königsberg und anderen ostpreußischen Zentren, während die wirtschaftlichen Beziehungen Masurens zu Polen erheblich schwächer waren. Ein weiteres Hemmnis für die polnischen Ambitionen war der konfessionelle Faktor, der die evangelischen Masuren deutlich vom katholischen Polentum abgrenzte und auch vom Warschauer Generalsuperintendenten Bursche nicht überwunden werden konnte. Festzuhalten bleibt, daß die Grundlagen für den überwältigenden deutschen Abstimmungssieg vor dem Ersten Weltkrieg gelegt worden sind, woran neben der auf Hebung des wirtschaftlichen und Bildungsniveaus der Masuren ausgerichteten preußischen Politik vor allem die Eigeninitiative von Privatpersonen und privaten Institutionen, u. a. im Rahmen der evangelischen Kirche, beteiligt war.²⁷ Diese Veränderungen im Bewußtsein der Masuren wollte oder konnte man in Warschau nicht sehen bzw. akzeptieren. Nach der deutschen Kapitulation im November 1918 und dem Zerfall des Zarenreiches waren die Voraussetzungen für das Wiedererstehen eines unabhängigen polnischen Staates gegeben, dessen Sicherheit man in den Grenzen der alten Adelsrepublik von 1772 und einem breiten Zugang zum Meer gewährleistet sah. Im Erwerb des südlichen Ostpreußen sahen nicht nur die Nationaldemokraten Dmowskis, sondern auch gemäßigte Gruppierungen ein Sprungbrett für die Erweiterung der polnischen Machtstellung im Ostseeraum. In einem beim Deutschen Reich verbleibenden

²⁶ GILAS (wie Anm. 6), S. 241.

²⁷ HARTMANN (wie Anm. 2), S. 80 ff.

Ostpreußen erblickte man nicht nur die Keimzelle für einen wiedererstarrenden deutschen Revisionismus im Osten, sondern auch ein Hindernis für die polnische Westpolitik, stabile Grenzen zu erhalten, was der Versailler Vertrag nur unzureichend gewährleistete. Gerade im Verlauf des existentiellen Krieges gegen die Sowjetunion war sich Polen der strategischen Bedeutung Ostpreußens wiederholt bewußt geworden. Hier konnten leicht Kontakte zwischen Deutschland und Rußland zu Lasten der jungen polnischen Republik hergestellt werden. Die Annexion dieser preußischen Provinz oder wenigstens ihres südlichen Teils war daher nach Meinung Warschaus für die Entscheidung der Frage wichtig, ob „Polen ein Kleinstaat sein würde, der von der Gnade zweier mächtiger Nachbarn lebte, oder ein großes Element des europäischen Gleichgewichts“.²⁸

Unter diesen Aspekten, die man historisch zu untermauern suchte, gewinnen die polnischen Anstrengungen, trotz mangelnder Unterstützung in Versailles, wofür man vor allem den britischen Premier Lloyd George verantwortlich machte, im Ermland und in Masuren zum Ziel zu kommen, ihren Sinn. In ihrer Argumentation versucht die polnische Historiographie den Eindruck zu erwecken, Polens Chancen seien wegen der organisatorischen Vorteile auf deutscher Seite, ihres Terrors gegenüber der polnischen Bevölkerung, der zu geringen Vorbereitungszeit für die Abstimmung und der Parteilichkeit der Interalliierten Kommission von Anfang an aussichtslos gewesen. Außerdem habe angesichts des polnisch-sowjetischen Konfliktes die Warschauer Regierung nicht frei agieren können. Unter diesen Prämissen – so Gerard Labuda in seinem Werk über die polnische Westgrenze – habe man nicht im letzten Moment einen grundlegenden Tatbestand beseitigen können, „nämlich das unzulängliche Nationalbewußtsein der Bevölkerung in Schlesien, in Masuren und im Ermland. Das jahrhundertelange Verbleiben außerhalb der Grenzen des polnischen Staates bewirkte einen begreiflichen Mangel an polnischer politischer Tradition in diesen Gebieten ... Nur der national aufgeklärteste Teil der Bevölkerung im Ermland, in Masuren und in Schlesien sprach sich sowohl für das polnische Volkstum als auch für den polnischen Staat aus“.²⁹

Dieser Bemerkung ist zu entnehmen, daß die häufig auf polnischer Seite zu findende Gleichsetzung von Polen und Masuren eine Fiktion ist. Für die besondere Spezifik der Masuren spricht nicht nur ihre bereits erwähnte Staats-treue und vor 1914 monarchische Gesinnung, sondern auch ihr ethnischer

²⁸ Roos (wie Anm. 7), S. 60f.

²⁹ Vgl. HANS-WERNER RAUTENBERG: Probleme der Volksabstimmung vom 11. Juli 1920 im südlichen Ermland und in Masuren, in: Deutschland und das Recht auf Selbstbestimmung nach dem Ersten Weltkrieg. Probleme der Volksabstimmungen im Osten (1918–1922), hrsg. von RICHARD BREYER, Bonn 1985, S. 75–91, hier S. 89. Er zitiert GERARD LABUDA: Polska granica zachodnia. Tysiąc lat dziejów politycznych [Die polnische Westgrenze. Tausend Jahre politischer Geschichte], 2. Aufl. Poznań 1974, S. 223.

Mischcharakter aus der Verschmelzung der masowischen Siedler mit deutschen Kolonisten und autochthonen Prußen, wobei ihre Sprache auf einer älteren polnischen Dialektform stehenblieb und die Entwicklung zum Hochpolnischen nicht mehr vollzog.³⁰ Die prägende Kraft des preußischen Staats- und Kulturgedankens wirkte auch nach der Niederlage von 1918 fort. Kurt Forstreuter hat dazu eine, wie ich meine, treffende Formulierung gefunden: „Was die Abstimmung entschied, das war jedoch keine Stimmung des Augenblicks. Nicht die Oberfläche, nicht die Ergebnisse der Gegenwart, sondern tiefere Schichten, die Geschichte von Generationen formten die Züge des 11. Juli 1920.“³¹

Für die polnische Historiographie ist der Volksentscheid nur eine Etappe im Kampf um die nationale Zukunft Ostpreußens. Sein negativer Ausgang habe – so Wrzesiński – ein wachsendes Interesse breiter polnischer Bevölkerungskreise an diesen Gebieten gefördert.³² Das Festhalten Polens an Ambitionen auf Ostpreußen, auch in den Planungen des polnischen Generalstabs nach dem Fochplan von 1923, der eine Verbreiterung des polnischen Zugangs zum Meer durch die Eroberung Danzigs und Ostpreußens bis an den Oberlandkanal und das sogenannte Heilsberger Dreieck vorsah³³, und die in der fehlenden Anerkennung der neuen Ostgrenze gipfelnde Haltung der Reichsregierung verschärften den deutsch-polnischen Antagonismus, der sich in Übergriffen gegenüber der deutschen Minderheit und in der Aggressionspolitik Hitlers entlud. Das konsequente Verfolgen polnischer Pläne gegenüber Ostpreußen zeigt sich während und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, indem man auf die Erfahrungen aus den Volksabstimmungskämpfen zurückgriff und diese als Argument für die polnischen Ansprüche auf Ostpreußen benutzte. Durch die These, die polnische Souveränität über das Abstimmungsgebiet sei nur suspendiert, aber nicht wirklich aufgehoben worden und die Deutschen hätten durch den Angriff auf Polen alle geltenden Verträge und Rechte verletzt, suchte man die 1945 erfolgte Annexion des südlichen Ostpreußen mit den Ereignissen im Jahre 1920 direkt zu verknüpfen und als kausale Folge daraus hinzustellen. Insofern wirken die polnischen Standpunkte zum Plebiszit vom 11. Juni 1920 über 1945 hinaus und tragen zum negativen Preußenbild in der polnischen Historiographie bei. Viele Beispiele dazu kann man dem lezenswerten Buch Wojciech Wrzesińskis „Nachbar oder Feind?“ entnehmen.³⁴

³⁰ Vgl. HERMANN GOLLUB: Masuren (Ostpreußische Landeskunde in Einzeldarstellungen), Königsberg o. J., S. 3 ff.

³¹ FORSTREUTER (wie Anm. 14), S. 75.

³² WRZESIŃSKI (wie Anm. 23), S. 440.

³³ Vgl. W. TYM: Jak powstał sztab Lądowej Obrony Wybrzeża [Wie der Stab zur Küstenverteidigung entstand], in: Rocznik Gdynski 1992/93, S. 60 ff.

³⁴ WOJCIECH WRZESIŃSKI: Sąsiad czy wróg? Ze studiów nad kształtowaniem obrazu Niemca w Polsce w latach 1795–1939 [Nachbar oder Feind? Studien zur Gestaltung des Bildes des Deutschen in Polen in den Jahren 1795 bis 1939], Wrocław 1992.

Es bleibt zu hoffen, daß im Rahmen der Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen und des Zusammenwachsens Europas die historisch belastenden oder strittigen Probleme, wozu für Polen die Abstimmung von 1920 gehört, gemeinsam von Fachleuten beider Länder leidenschafts- und vorurteilslos in Form einer Synthese erarbeitet werden. Eine wichtige Voraussetzung ist hier die Erfassung und Auswertung bisher unbekannter Quellen in deutschen, polnischen und sonstigen Archiven. Mit meinem Referat möchte ich für diese Aufgaben ein gewisses Interesse erwecken.